

WENIE



»Bis die Regierung fällt!«

von DANIELA KRENN

IN VENEZUELA TOBEN STRASSENKÄMPFE ZWISCHEN DEMONSTRANTEN UND POLIZEI. ES IST EIN AUFBEGEHREN GEGEN DIE CHAVISTISCHE REGIERUNG NICOLAS MADURAS. EINES DER ÖLREICHSTEN LÄNDER IST IN DER SCHLIMMSTEN WIRTSCHAFTSKRISE. ES GIBT KAUM LEBENSMITTEL, KAUM AUSSICHT AUF EINE ZUKUNFT. DER TRAUM EINES SOZIALISTISCHEN STAATES IST GEPLATZT.

ZUELA

Venezuela hat den Tod von Hugo Chavez nicht verkraftet. Im Gegenteil, er hat das Land in eine tiefe Krise geführt. Wenn alle Politik, alle Macht, aller Zusammenhalt von einer einzigen Person abhängt und die dann stirbt, kann das fragile Kartenhaus, das Chavez um sich aufgebaut hat, nur zusammenbrechen. Nicht umsonst versucht Chavez' Nachfolger, Nicolas Maduras, alles, um sich selbst als eine „Wiedergeburt“ seines Vorgängers darzustellen. „Sometimes I come at night, sometimes I sleep here, often. You don't even realize it. The neighbours sometimes realize“ sagt **Maduras**, wenn er seine Besuche beim Grab von Hugo Chavez schildert. Maduro, der schon die Geschäfte des 2013 verstorbenen Präsidenten führte, als dieser schwer krank und nicht mehr arbeiten konnte. Maduro, dessen Vater einen Streik gegen den Diktator von 1952, Marcos Pérez Jiménez, organisierte, scheiterte und dessen Sohn jetzt auf dem besten Weg ist, selber einer zu werden. Maduro, der es mittlerweile geschafft hat, die angeschlagenen demokratischen Werte Venezuelas noch weiter zu beschädigen. Aber Maduro lebt in seiner eigenen Welt.

Angel León, 47, Dozent

»Hier gibt es ein paar Jugendliche, die nur auf Gewalt aus sind, das ist falsch. Aber die Gewalt geht vor allem von der Regierung aus. Sie gehen mit Pfefferspray auf die Omas und Opas los. Was ist denn das? Die Diktatur hat jetzt ihr wahres Gesicht gezeigt.«

aus: spiegel-online vom 14.5.2017

Nicolas Maduro zur geplanten Verfassungsänderung:

»Ziel ist es, den Frieden zu erreichen, den die Republik braucht, und die faschistische Gewalt zu besiegen.«

aus: Handelsblatt am 2.5.2017

PAZ Y

Sein neuester Coup: Einer Verfassungsänderung, die freie Wahlen einschränkt. Die nationale Volksversammlung, die bisher durch Wahlen zusammengestellt wurde, soll jetzt nur mehr durch Arbeiter- und Nachbarschaftsräte bestimmt werden. Räte, die mehrheitlich chavistisch sind und demnach alles andere als der Meinung des Volkes entsprechen würden. Denn das Volk protestiert. Es protestiert seit über drei Jahren gegen die Regierung **Maduras** und seit fast zwei Monaten fliegen in der Hauptstadt Caracas Steine, Farbgeschosse und mittlerweile Beutel gefüllt mit Fäkalien auf Polizisten. Die Staatsgewalt antwortet mit Tränengas und Gummigeschossen. 40 Tote gab es in den ersten 40 Tagen. Die Anzahl der Verletzten lässt sich kaum mehr zählen. Maduro lässt sich nicht so leicht aus dem Amt entfernen, die letzten Wahlen im Jahr

2015, bei denen eigentlich die Opposition gewann, haben das nicht geschafft, auch nicht das versuchte Abberufungsreferendum ein Jahr später und auch nicht die mittlerweile landesweiten Proteste. Seit Anfang April aber, seit ein Großteil der Venezolaner im Müll nach Essen sucht, es an Grundnahrungsmitteln fehlt, ist die Stimmung am Kochen. „Seit die Proteste am 1. April begonnen haben, war ich auf fast jeder Demonstration. (...) Mich hat ein Polizist mit seinem Schild auf den Arm geschlagen, als ich einen Freund vor der Festnahme bewahren wollte. Mein Arm war dick wie eine Avocado. Aber das zwingt mich nicht in die Knie,“ sagt Zulay Blanca. Sie ist 67 Jahre alt, Rentnerin, und kämpft für eine bessere Zukunft.

Orlando Márquez, 73, Rentner

»Ich habe Bluthochdruck und brauche Tabletten. Aber die bekomme ich fast nirgends mehr. Die Produktion ist gestoppt, importiert wird nichts mehr. Also machen wir Tauschhandel. Ich biete Mittel gegen Schmerzen und Rheuma und bekomme was gegen meinen Bluthochdruck. So geht das hier.«

aus: spiegel-online vom 14.5.2017

Tweet von Vizepräsident der Nationalversammlung Freddy Guevara: ruft zum Protest gegen Verfassungsänderung auf:

»Atencion: cumplido el trancazo hoy, convocamos a toda Vzla a movilizarnos contra el fraude constituyente de Maduro. Los 24 estados!«

»ATTENTION: THE GREAT BLOCKADE WAS ACCOMPLISHED TODAY! WE CALL ON ALL OF VENEZUELA TO MOBILIZE TOMORROW AGAINST THE CONSTITUENT FRAUD OF MADURO. ALL 24 STATES!«

aus: venezuelanalysis.com am 2.5.2017

Orlando Márquez, 73, Rentner

»Ich habe Bluthochdruck und brauche Tabletten. Aber die bekomme ich fast nirgends mehr. Die Produktion ist gestoppt, importiert wird nichts mehr. Also machen wir Tauschhandel. Ich biete Mittel gegen Schmerzen und Rheuma und bekomme was gegen meinen Bluthochdruck. So geht das hier.«

aus: spiegel-online vom 14.5.2017

Es war Ende der 90er, als Hugo Chavez und seine sozialistische Partei an die Macht kam. Demokratisch gewählt, 56 Prozent des Volkes stand hinter ihm. Drei weitere Male wählten die Venezolaner ihn in Folge wieder: 2000, 2006, 2012. Venezuela war lange Zeit eines der ungerechtesten Länder der Welt. Es herrschte Armut, obwohl das Land die größten Erdölreserven der Welt hat und das Geld nur so sprudeln müsste, aber die reiche Elite die Regierung dominierten und vor allem die Korruption. Chavez wollte das aufbrechen. „Wir waren alle zufrieden, als Chávez an die Macht kam,“ sagt Neida Briceno. Sie ist 41 Jahre. Sie wuchs in einer Zeit der Aufbruchsstimmung auf. Die meisten hatten Arbeit, viele studierten, es gab Fernseher, Autos und Computer in den Haushalten. Chavez brachte soziale Reformen, er brachte freie Grundschul- und Universitätsausbildung. 70 Prozent der Venezolaner hatten durch ihn erstmals Zugang zu kostenloser medizinischer Versorgung bekommen. Es war die „Bolivariische Revolution“, eine Aufforderung an die Venezolaner an politischer Gestaltung des Landes teilzunehmen. Gemeinden sollten sich teilweise basisdemokratisch selbst verwalten können. Ehemalige Aktivisten wurden Staatsangestellte oder bezogen Regierungsstipendien. „Auf diese Weise ist die politische Mobilisierung durch materielle Leistung ersetzt worden. Und das führt wiederum dazu, dass in vielen Fällen Gehorsam belohnt und abweichende Meinungen bestraft werden,“ sagt Andrés Antillano, langjähriger Aktivist der Stadtteilbewegungen von Caracas.

Werbung für ein Essenspaket aus Miami mit Milchpulver, ein halbes Pfund Kaffee, ein Kilogramm Maismehl, eine Seife, zwei Packungen Spaghetti, zwei Kilogramm Reis, eine Flasche Öl, zwei Packungen schwarze Bohnen, zwei Päckchen Linsen, zwei Dosen Thunfisch, zweimal Waschpulver:

»Für nur \$ 59,99« (das ist viermal der monatliche Mindestlohn)

aus: taz am 4.7.2016

Chavez als Revolutionsheld, in einem Atemzug genannt mit Simon Bolivar. Er regierte über eines der reichsten Ölländer der Welt und das in einer Art und Weise, auf die es nur zwei Reaktionen geben kann: glühende Verehrung oder totale Verachtung. Eine gewisse Euphorie hat sich bis heute gehalten. Auch ehemalige Anhänger des Chavez, jetzt Maduro, gehen heute auf die Straße. Viele wollen den Sozialismus nicht verlieren. Anhänger Maduros wissen, dass sie auch etwas zu verlieren haben. Sie schauen nach Brasilien und Argentinien und sehen, dass die konservativen, rechten Regierungen dort sofort begonnen haben, Politik für die Oligarchen zu machen. Auf der anderen Seite sympathisierte Chavez mit dem theokratischen Regime im Iran und verbrüdete sich mit dem Gaddafi-Regime in Libyen. Zu dieser Zeit erlebten auch andere Länder Südamerikas, wie Argentinien, Nicaragua und Peru, einen sozialistischen Aufwind. Chavez unterstützte mit Wahlspenden, drohte mit politischen Konsequenzen und lockte

mit billigen Ölpreisen, um diesen Wind in Bewegung zu halten. Während Chavez den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ etablieren wollte, setzten Brasilien, Chile und Uruguay auf ein anderes sozialistisches Modell: Sozialreformen ja, aber ohne die freie Marktwirtschaft in Frage zu stellen. Bis heute muss Venezuela den Großteil seiner Lebensmittel importieren, die Idee der Nahrungsmittelsouveränität ist gescheitert. Heute steht Nicolas **Madura** an der obersten Spitze dieses Systems, das er sogar noch weiter zugespitzt hat. Die Lebensmittelversorgung nahm unter ihm sogar noch katastrophalere Zustände an, er hat den Import gänzlich gestoppt. „Seit 7 Uhr war ich in der Schlange und was habe ich bekommen? Zwei Butter und ein bisschen Getreide,“ sagt eine Kundin, die vor dem Supermarkt wartet. Das Volk versinkt in der größten Inflation, 700 Prozent Aufschlag im vergangenen Jahr, der internationale Währungsfond hat für 2018 keine optimistischen Prognosen: 2000 Prozent Inflation.

Hector Navarro, Bürger Venezueals, bezeichnet sich selbst als immer noch überzeugten Chavisten:

»Ich bin überzeugt, dass das, was gerade in Venezuela passiert, absolut nichts mit dem Traum von Hugo Chávez zu tun hat. Maduro taugt nicht zum Präsidenten, er muss weg.«

aus: taz am 4.7.2016

Aura Castro, 60, ehemalige Schneiderin

»Mir hat die Revolution alles gegeben: Strom, Wasser und vor allem Würde. Früher hat mich doch keiner ernst genommen, früher im Kapitalismus haben doch alle weggeschaut, wenn es um die Armut ging. Jetzt reden wir mit, sind sichtbar, Chávez und Maduro haben uns eine Stimme gegeben.«

aus: spiegel-online vom 14.5.2017

Miguel Pizarro, 29, Abgeordneter der Oppositionspartei „Primero Justicia“

»Acht von zehn Venezolanern wollen diesen Präsidenten nicht. (...) Heute sind es nicht mehr nur die Proteste der Ober- und Mittelschicht. Es sind auch die Armen, die auf die Straße gehen, heute sind es Bundesstaaten wie Aragua, Portuguesa und Amazonas, wo Hugo Chavez früher 80 Prozent der Menschen hinter sich hatte.«

aus: spiegel-online vom 14.5.2017

Jetzt ist da er, Nicolas **Madura**. Er hat es schwer, seine Macht zu legitimieren, in einem Land, in dem Macht und Chavez untrennbar sind. Maduros Unterstützer hängen eigentlich an dessen verstorbenen Vorgänger Hugo Chavez und weniger an Maduro selbst. Er ist nur mehr die Fortführung einer Idee, die nicht funktioniert hat. Das haben die Menschen in Venezuela schon 2015 bei der Wahl zum Ausdruck gebracht, als sie der linken Chavismo eine Absage erteilten und diese die Mehrheit im Parlament verloren. Vor allem internationale Medien feierten das als „Sieg der Demokratie“, wie der britische Economist, die deutsche FAZ oder die Presse. Es sei „das Ende der sozialistischen Epoche“ und es gäbe „endlich Hoffnung für Venezuela“. Die Venezolaner waren enttäuscht, der Sozialismus hatte dann doch nicht so funktioniert, wie sie erhofft hatten, weil er durch Korruption, Machterhaltungstrieb und Egoismus pervertiert wurde. Bis jetzt regieren Maduro und die sozialistische Partei aber einfach weiter. Das Problem ist die Verachtung der beiden Seiten, die eine gemeinsame Lösung für das Land unmöglich machen. Fehler gesteht sich keine der beiden Seiten ein, weder das chavistische Lager um Maduro, noch die Opposition. Im Gegenteil, die Verhärtung der Fronten schaukelt sich immer weiter hoch. Wer beansprucht die Anzahl der Todesfälle innerhalb der Proteste für sich? Wer behält die Macht? Es ist ein Kampf um die öffentliche Meinung. Laut Verfassung könnte Maduro bis 2019 im Amt bleiben. Über das Regieren müsste er aber mit der Opposition verhandeln. Zumindest in der Theorie. Er regiert am Parlament vorbei. Die Macht wird weiterhin auf den alten Strukturen, den kleinen basisdemokratischen Einrichtungen und der andauernden Verehrung von

Forbes Magazin Titel Dezember 2015:

»They inoculated Commander Chavez with that illness to get him out of the way, and create a situation of destruction for Venezuela and its independent revolution.«

aus: pri.org (Mai 2013)

Hugo Chavez, legitimiert. Wer sich dagegen stellt, erfährt derzeit in aller Härte die Ausmaße der Diktatur. Oppositionspolitiker und studentische Protestanten landen hinter Gittern, werden brutal auf der Straße abgewürgt. Es ist schon einmal ein Putsch der Rechten gelungen, 2002 nahmen Oppositionelle Chavez vorübergehend fest. Maduro will das nicht noch einmal erleben. Noch steht auch das Militär auf seiner Seite. Ob das so bleibt, ist die Frage. Würde Maduro Neuwahlen zulassen, würde er höchstwahrscheinlich verlieren. Vielleicht haut er auch deshalb besonders fest zu, wenn oppositionelle Demonstranten die Straße nach Veränderungen rufen.

Polit-Analyst Manuel Felipe Sierra:

»Wir müssen ein neues politisches Modell finden, das sowohl demokratische als auch soziale Aspekte berücksichtigt. Selbst wenn die Opposition an die Macht kommt, hat der Sozialismus noch großen Einfluss in der Bevölkerung und kann Massen auf der Straße mobilisieren.«

aus: der standard am 12.8.2016